Kampf dem Hakenkreuz

Rededisposition über die faschistische Gefahr

mit einem Anhang:

Referentenmaterial über

Die Rolle der KPD.

Herausgegeben von der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Kampf dem Hakenkreuz

Rededisposition über die faschistische Gefahr

mit einem Anhang:

Referentenmaterial über

Die Rolle der KPD.

Herausgegeben von der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Inhaltsverzeichnis

Seite

Kampf dem Hakenkreuz.

Die Rolle der KPD.

Die erste Reichstagsschlacht mit den Faschisten.

Der nationalsozialistische Wahlsieg.

Der verhängnisvolle Wahlausgang vom 14. September hat für die deutsche Arbeiterbewegung eine höchst bedrohliche Lage geschaffen. Es ist den Nationalsozialisten gelungen, tief in die Wählerschaft einzubrechen. **Der 14. September hat den Feinden der Arbeiterklasse mehr Macht gegeben, als den Interessen des Volkes dienlich ist.** Mit 6½ Millionen Stimmen und 107 Mandaten sind die Nationalsozialisten jetzt im Reichstag vertreten und bilden eine gefährliche Verstärkung der bürgerlich-kapitalistischen Reaktion. Es war ein **Triumph der politischen Dummheit.** Wie recht hatte **August Bebel,** als er nach den Hottentottenwahlen im Jahre 1907 sagte:

> „Wenn das **Heer der Nichtwähler aufgepeitscht** wird und zur Wahl geht, gibt es stets eine **heillose Konfusion,** sie wählen alle zumeist **extrem bürgerlich,** und solche Wahlen sind für die Sozialdemokratie **nicht günstig.**"

Die Sozialdemokratie hat sich glänzend geschlagen. Trotz Kommunisten, Nationalsozialisten, trotz Wirtschaftskrise und des geschlossenen Angriffs des ganzen Bürgertums hat sie die Masse ihrer Wählerschaft zusammengehalten. Die **Spreu schied sich vom Weizen. Mit einem Block von 8½ Millionen Stimmen steht sie nach diesem Sturm geschlossener als je da.**

Aber der Sieg der Nationalsozialisten, eine Folge des politischen Unwissens im deutschen Bürgertum, hat das **politische Gleichgewicht auf das stärkste zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben.**

Die Kreise des deutschen Bürgertums, die schon lange Gegner der parlamentarischen Demokratie sind, halten **die Gelegenheit zum Gegenstoß** gegen die Demokratie für gekommen. Mit Hilfe der nationalsozialistischen Banden sollen **Republik und Volksstaat jetzt beseitigt werden.**

Der Gegenstoß der Sozialdemokratie.

Diese grundlegende Aenderung der Lage schreibt der Sozialdemokratie eine **neue Taktik** vor. Während wir bis zum 14. September in direktem Angriff gegen die Regierung Brüning und alle ihre Maßnahmen kämpfen konnten, **kommt es jetzt zunächst darauf an, zu verhindern, daß die offene faschistische Reaktion ihr Ziel erreicht: statt der Brüning-Regierung sich selbst an die Macht zu bringen.**

Das Ziel des mit dem Faschismus verbündeten reaktionären Bürgertums heißt seit dem 14. September: Sofortiger Sturz der Regierung Brüning und Errichtung einer mehr oder minder offenen faschistischen Diktatur. **Hakenkreuz-Gelbkreuz: Bahn frei für hundertprozentige Sozialreaktion mit dem Ziel der Abschaffung aller Sozialpolitik!**

Die Sozialdemokratie steht in Gegnerschaft zur Regierung Brüning. Aber die Mitwirkung an der Beseitigung der Regierung Brüning hätte in diesem Augenblick bedeutet, daß man **der Reaktion in die Hände arbeitet.** Ein größerer Dienst hätte den nach Faschismus und Diktatur lüsternen Reaktionären nicht geleistet werden können.

Deshalb lehnte die Sozialdemokratie es ab, in diesem Augenblick ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning zu richten und sie zu stürzen.

Warum keine sofortige Aufhebung der Notverordnung?

Aus demselben Grunde lehnte die Sozialdemokratie es auch ab, **die** sofortige und restlose Aufhebung der Notverordnung zu verlangen.

Mißtrauensvotum und Sturz der Regierung hätte das **politische Chaos** heraufgeführt mit dem Ergebnis der Errichtung der faschistischen Diktatur.

Sofortige **Aufhebung der** Notverordnung **hätte das wirtschaftliche Chaos hinzugefügt.**

Wenn Kommunisten und Nazis jetzt wie aus einem Munde (auch das spricht Bände!) schreien: „Verrat der Sozialdemokratie", so steht solchem Gerede **die Verlogenheit an der Stirn geschrieben.**

Die Sozialdemokratie hat im Wahlkampf in erster Linie **bestimmte Teile der Notverordnung bekämpft,** wie Krankenscheingebühr, Bürgersteuer und Arbeitslosenversicherungs-Verschlechterung. Diese Bestimmungen sind aber im Rahmen der Notverordnung **mit anderen wesentlichen Bestimmungen des Reichshaushalts und der Steuergesetzgebung untrennbar verknüpft.**

Aufhebung der Notverordnung ohne gleichzeitige Ersatzmaßnahme hätte deshalb bedeutet:

Schwerste Erschütterung der Arbeitslosenversicherung, Einstellung der Reichszuschüsse, Verminderung der Beitragseinnahmen und gewaltigen Abbau der Unterstützungen.

Die Sozialreaktion hätte erreicht, was sie trotz aller Anstrengungen seit Jahr und Tag nicht hat durchsetzen können.

Aufhebung der Notverordnung hätte weiter bedeutet:

Völlige Beseitigung des gesamten Reichshaushalts, schwerste Erschütterung der öffentlichen Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, **Einstellung der Zahlungen an die Unterstützungsempfänger,** die Rentner, Beamten, Arbeiter und Angestellten, **Verschärfung der Wirtschaftskrise, weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahl** wäre die sicherste Folge gewesen.

Durch die Wahl vom 14. September sind **der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Notverordnung völlig die Hände gebunden.** War schon vorher ihr Kampf sehr erschwert, weil sie dabei **66 Nazis und Kommunisten (12 + 54) im Rücken hatte, so sind es jetzt 184 (107 + 77), fast ein ganzes Drittel des Reichstags!**

Zusammenfassung der Gründe für die Haltung der Sozialdemokratie.

1. Die Ablehnung des Mißtrauensvotums **bedeutet** also **nicht**, daß die Sozialdemokratie „Vertrauen" zu der jetzigen Regierung habe; sie steht in **entschiedener Gegnerschaft** zu dieser Regierung.

Aber die Sozialdemokratie läßt sich **das Gesetz des Handelns nicht von den Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen vorschreiben.** Wann zum **Angriff gegen das Kabinett Brüning** vorgegangen werden muß, **wird sie selbst bestimmen.**

2. Die **Entscheidung** über die Notverordnung **und** über das Kabinett Brüning ist **zunächst nur vertagt.** Sie fällt bei der Abstimmung über die Gesetzentwürfe, die auf Grund der Beratung im Haushaltsausschuß an die Stelle der Notverordnung treten sollen. Bei diesen Verhandlungen wird die Sozialdemokratie ihre ganze Macht einsetzen, um die **schlechten Stücke** der Notverordnung zu **beseitigen** oder in ihrer Wirkung **abzuschwächen.**

3. **Sturz** der Regierung wäre der **Anfang** der offenen oder verschleierten faschistischen **Diktatur** in Deutschland. Wenn das parlamentarische System aber beseitigt werden soll, dann soll diese **Beseitigung nicht durch die Sozialdemokratie** erfolgen, die das parlamentarische System selbst mit hat schaffen helfen in der Erkenntnis, daß es **gegenwärtig die zweckmäßigste Lebensform** für das deutsche Volk ist.

Wenn das Bürgertum die Diktatur will, dann sollen die **bürgerlichen Parteien** die jetzige Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie stürzen und im Angriff gegen die Arbeiterschaft die Diktatur an die Stelle des Volksstaates setzen.

4. Die Sozialdemokratie hat in dieser ernsten Stunde durch ihre Haltung noch ein letztes Mal gezeigt, daß sie im Interesse der Erhaltung des demokratischen Volksstaats **zu Opfern bereit** ist. Die ganze Welt blickt heute gespannt auf das, was die deutsche Sozialdemokratie tut. Deshalb hat die Sozialdemokratie noch einmal allen ihren Anhängern und der gesamten deutschen Oeffentlichkeit und auch der Internationale kundgetan, daß nicht sie Schuld daran trägt, wenn die Reaktion in Deutschland das parlamentarische System mit Gewalt beseitigen sollte.

Wir wollen nicht, daß man uns später einmal **den Vorwurf** macht, wir hätten nicht alles getan, um dem faschistischen Gegner den Zugriff nach der Macht zu erschweren.

5-Tage-Woche zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Die Forderungen der Sozialdemokratie zur Behebung der Wirtschaftskrise.

Die dringendste Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag **Anträge zur Behebung der Wirtschaftsnot** gestellt, die den einzig wirksamen Weg zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise aufzeigen.

1. Die **Hauptforderung** der Sozialdemokratie lautet:

Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche (5-Tage-Woche) für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte.

Die Benutzung der **öffentlichen Arbeitsvermittlung** und die Anmeldung offener Stellen soll zur **zwingendsten Vorschrift** gemacht werden.

Zum **Lohnausgleich** für die verkürzte Arbeitszeit sollen für den Uebergang die frei werdenden **Unterstützungsmittel herangezogen** werden.

Diese Forderung erstrebt eine **gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit** im Gegensatz zu den heutigen Zuständen, in denen einerseits Massen von Arbeitskräften auf der Straße liegen, andererseits den im Betriebe stehenden Arbeitern eine neun-, ja **zehn- und elfstündige Arbeitszeit zugemutet** wird.

Ueberstunden sollen nach dem Antrag der Sozialdemokratie nur in den **dringlichsten Ausnahmefällen** zugelassen werden.

Für **jede Ueberstunde** hat der Unternehmer einen **vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung** abzuführen.

Außerdem wird zur Entlastung des Arbeitsmarktes von jugendlichen Arbeitskräften schleunigst ein Gesetz gefordert, das die **Erweiterung der allgemeinen Schulpflicht** unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen reichsgesetzlich regelt.

2. Weiter fordert die Sozialdemokratie von der Reichsregierung, daß den **Pensions- und Wartegeldempfängern alle anderen Einkünfte auf ihre Bezüge angerechnet** werden. Dabei sollen jedoch die kleinen Gesamteinkommen geschont werden.

3. Das wirksamste Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise ist die Vermehrung der Kaufkraft durch **Senkung der Preise.**

Daher fordert die Sozialdemokratie, daß auf Grund der Vollmachten der bisher gültigen Kartellverordnungen (vom 2. November 1923 und vom 26. Juli 1930) **sofort eine durchgreifende Preissenkung** im besonderen bei den Grundstoffen der Industrie, den Lebensmitteln und anderen Gegenständen des Massenbedarfs herbeigeführt wird.

Widerstände sind durch Aufhebung von Preisbindungen, durch Herabsetzung von Zöllen oder durch Verschärfung der Kartellkontrolle zu überwinden. Die **zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch** zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung soll ebenfalls **wieder hergestellt werden.**

Kampf gegen die Kapital- und Steuerflucht.

Zur Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht fordert die Sozialdemokratie:

Die Reichsregierung wird aufgefordert:

a) unter Aufhebung entgegenstehender Verwaltungsanordnungen **Anweisung an die Finanzämter**, in allen Zweifelsfällen von der **gesetzlichen Auskunftspflicht** der Banken, Bankiers und Vermögensverwalter Gebrauch zu machen;

b) Anweisung an die Finanzämter, die Bestimmungen der Paragraphen 33, 34 des Einkommensteuergesetzes über die **Erfassung von Gewinnen aus dem Geschäftsverkehr mit dem Ausland** streng durchzuführen;

c) Heranziehung der Organe des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes in verstärktem Maße **zur Aufklärung von Steuerfluchtvergehen;**

d) Bei Steuerfluchtvergehen **schärfste Anwendung** der bestehenden Strafvorschriften für Steuerzuwiderhandlungen (Freiheitsstrafen, **Vermögenseinziehung**, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte). Die Namen der Bestraften sowie die festgesetzten Strafen sollen in allen Fällen veröffentlicht werden;

e) Abschluß internationaler Rechtshilfeverträge.

Das Ziel der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat im Interesse der Arbeiterschaft also **verhindert**, daß durch einen Sturz der Regierung Brüning die **staatlichen Machtmittel an die faschistischen Gewalthaber ausgeliefert würden**; eine Maßnahme, die mit der Niederschlagung der Republik, des demokratischen Volksstaates, der kriegerischen Verwicklung mit dem Auslande, der Entrechtung der Arbeiterschaft und ihrer Auslieferung an die Ausbeuter geendet hätte.

Die Haltung der Sozialdemokratie entsprang dem Willen, **freie Bahn zu schaffen für sachliche Arbeit**, für die Sammlung aller Kräfte zur **rascheren Ueberwindung der Wirtschaftskrise**, für die **Rettung der sozialen Rechte im Volksstaat**.

Die Sozialdemokratie weiß, daß diese Arbeit mit **schweren Opfern verbunden sein wird**; aber nach dem verhängnisvollen Wahlergebnis vom 14. September steht im **Vordergrund des Kampfes die Abwehr der reaktionären Faschisten und der arbeiterfeindlichen Kräfte**.

Die **erste Schlacht** in dem Abwehrkampf gegen den Faschismus ist **geschlagen**. Das **Ziel**, ein wüstes politisches und wirtschaftliches Durcheinander anzurichten, das den Bürgerkrieg heraufbeschwören sollte, ist **zunächst verhindert**.

In **voller Einmütigkeit** und Geschlossenheit haben die 143 Abgeordneten der Sozialdemokratie im Reichstag **abgestimmt**. In Erkenntnis der großen Gefahr steht die Sozialdemokratie bis zum letzten Mann **geschlossen** zur **Abwehr** bereit, von **leidenschaftlichem Willen zur Niederringung aller Feinde der Arbeiterklasse erfüllt**, mögen sie im Lager der Faschisten oder Kommunisten stehen.

Die Stunde fordert jetzt:

Kampf allen reaktionären Kräften, Kampf dem Faschismus der gelben Hitler-Knechte, die dem deutschen Volke die politischen Rechte rauben wollen.

Was sind die Nationalsozialisten?

Die nationalsozialistische Bewegung setzt sich zum größten Teil **aus bürgerlichen Elementen** und Teilen der Bauernschaft zusammen. **Der durch** die Inflation und den Zusammenbruch nach dem Weltkrieg **proletarisierte Mittelstand** ist politisch in Bewegung geraten. Die **schwere** wirtschaftliche Krise macht sich auch in den Schichten der selbständigen Gewerbetreibenden bemerkbar.

Die schwere Krise, die seit Jahren schon auf der **Landwirtschaft lastet**, hat eine **große Notlage** gerade in diesem Teil der Bevölkerung geschaffen. Die Sozialdemokratie hat diese Notlage nie bestritten, im Gegenteil, sie hat dort, wo sie mitregiert hat, z. B. in Preußen, alles getan, um der Landwirtschaft zu helfen. Der Versuch der Nationalsozialisten, aus dieser Verzweiflung der Landwirtschaft durch **ihre Hetze politisches Kapital zu schlagen**, ist ein **Verbrechen am deutschen Volke.**

Die Nationalsozialisten haben aber auch proletarische Elemente in ihren Reihen. Hierbei spielt vor allen Dingen die politisch ungeschulte, dem Radikalismus zuneigende **Jungarbeiterschaft** und die **Angestelltenschaft** eine Rolle. Die Angestelltenschaft zählt in Deutschland **3½ Millionen** Menschen, davon sind nur 10 Proz. freigewerkschaftlich organisiert. Sie lebt **immer noch in dem falschen Bewußtsein, der „neue Mittelstand“** zu sein. In Wahrheit ist sie **ein Teil des Proletariats und gehört deshalb auch politisch an die Seite der Arbeiterbewegung.**

Aehnlich ist es mit den Studenten bestellt, die innerhalb der NSDAP. einen besonders aktiven Teil bilden. Die Studenten von heute sind zum großen Teil **Kinder des proletarisierten Mittelstandes.** Schwerer Existenzkampf der **Jungakademiker**, die infolge ihrer wirtschaftlichen Notlage **gefühlsmäßig zum Sozialismus neigen**, weltanschaulich aber immer noch in den **Banden des althergebrachten Nationalismus** und Imperialismus liegen, kennzeichnet die Lage.

Dementsprechend arbeiten die Nationalsozialisten bei ihrer Agitation **mit auswechselbarem Programm.** Sie sind — nach Mussolini — die **„Kirche aller Abtrünnigen“, das Sammelbecken aller Unzufriedenen, Bankrotten und Gescheiterten.**

Sie versprechen allen alles — um nichts zu halten.

Darauf müssen wir uns bei der Abwehr einstellen.

Kann der Nationalsozialismus uns retten?

Der gewaltige Erfolg des Nationalsozialismus beweist, daß weite Schichten **außerhalb** des Proletariats an der **Richtigkeit und der Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Systems Zweifel bekommen** haben. Der Marxismus hat diese Entwicklung schon immer vorausgesagt. Er hat recht behalten.

Statt sich aber auf die Seite des **marxistischen Sozialismus**, der Arbeiterbewegung, zu **schlagen**, läuft das Bürgertum und die Bauernschaft zunächst dem **Nationalsozialismus** nach in der Hoffnung, dort **das** Heil zu finden.

Dies Bürgertum will also Sozialismus, aber es bildet sich ein, **es gäbe zwei Sorten von Sozialismus.** Einen für die reichen Leute **und** einen für die Armen. Einen Sozialismus erster Klasse und **einen** zweiter Klasse, einen Sozialismus für das **Vorderhaus mit Hakenkreuz** und einen für das **Hinterhaus ohne Hakenkreuz.** Die Entwicklung wird beweisen, daß es **nur einen Sozialismus** gibt, und das ist der **demokratisch-marxistische der deutschen Arbeiterbewegung.**

Gibt es überhaupt einen „National"-Sozialismus? Die einfache Ueberlegung sagt jedem, daß schon der Gedanke an die „**nationale" Verwirklichung des Sozialismus wirtschaftlicher Unsinn ist.** Deutschland ist wie kaum ein anderes Land in das Netz der Weltwirtschaft verflochten. Wer glaubt im Ernst, daß man **Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben könnte, um dahinter in Deutschland einen „nationalen" Sozialismus durchzuführen?** Es wäre das Ende der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Der **Vergleich mit Rußland** ist völlig unzutreffend. Rußland ist ein **Riesenreich,** das nicht nur militärisch unangreifbar ist, sondern auch, **im Besitz unerschöpflicher Rohstoffquellen und unermeßlicher Bodenschätze,** wirtschaftlich genau so selbständig und unabhängig leben kann wie **Amerika.**

Was wollen die Nazi?

„Es muß anders werden", ist der Schlachtruf, mit dem die **Nationalsozialisten** den letzten Wahlkampf bestritten haben. „Anders" **im** Staate und „besser" in der Wirtschaft.

Die Diktatur soll das Allheilmittel sein. Ein **Blick nach** Italien **beweist den Schwindel dieser Parole.**

Die Diktatur hat **in Italien weder Ordnung, noch Sauberkeit geschaffen**, noch hat sie **die Wirtschaftsprobleme gelöst.**

Die „Ordnung" in Italien ist die **Stille des Gefängnisses.** Die **Korruption** ist heute in Italien **hundertmal größer als früher.** Diese Tatsache wird von den wirklichen Kennern des italienischen Faschismus **unter Eid bestätigt**, sofern sie sich die Unabhängigkeit ihrer **persönlichen** Meinung bewahren konnten.

Die Erfahrung lehrt im übrigen, daß **eine Diktatur sehr leicht sich den Anschein eines idealen Staatswesens geben kann.** In der Demokratie ist alles dem **Scheinwerferlicht der öffentlichen Kritik** unterworfen. In der **Diktatur** wird in erster Linie auf ein **„gutes" Aussehen hingearbeitet** und alles daran gewandt damit der Schein nach **außen** so glänzend wie möglich ist. Infolgedessen ist die Oeffentlichkeit **leicht** geneigt, Diktaturen für gut und Demokratien für schlecht **zu halten.**

Gibt es durch die Diktatur Heilung der Wirtschaftsnot und Wirtschaftskrise? Auch in diesem Punkte betreiben die Nationalsozialisten **bewußt** eine **Vorspiegelung falscher Tatsachen.**

Mussolini ist hilflos gegenüber der Wirtschaftskrise in seinem Lande. Die Arbeitslosigkeit hat sich in Italien während der letzten **Monate** verdoppelt. In größter Sorge betrachtet Mussolini diese **Entwicklung**, wie in seiner letzten Rede in Rom vor dem Nationalrat **der Korporationen** zum Ausdruck gekommen ist (September 1930):

> „Sie werden sich nicht wundern, wenn ich ausspreche, daß sich **die Lage im Oktober sehr merklich verschlechtert** hat. Es ist tatsächlich ... die schärfste Krise, die wir erlebt haben ... Die Regierung ... hört das SOS aller Fiebernden, aller Kranken. Aber **nicht alle können gerettet werden ..."**

Im übrigen — glaubt jemand im Ernst, daß das **internationale Finanzkapital** sich mir nichts dir nichts von dem Diktator Hitler in Deutschland **diktieren** lassen würde? Die „Bank- und Börsenfürsten der Welt", um bei der Faschistensprache zu verbleiben, werden sich von Herrn Hitler aus Braunau am Inn nicht kommandieren lassen und genau so wenig wie heute bereit sein, **die Lasten der Wirtschaftskrise auf ihre Schultern zu nehmen.**

Wer ist schuld an dem heutigen Elend?

Bebel oder Straßer?

Die Nationalsozialisten beschuldigen die Sozialdemokratie, **durch** Mißwirtschaft in Staat und Wirtschaft die **Urheber der heutigen schweren Wirtschaftsnot** zu sein. So behauptete der Sprecher der Nationalsozialisten, **Herr Straßer**, am 17. Oktober im Reichstag:

„Die Bilanz ihres Systems ist ein **dahinsiechender Nähr- und Bauernstand** . . . Ein **ausgeraubter Mittelstand**, eine **niedergebrochene Industrie**, eine von seiner eigentlichen ökonomischen Bestimmung **abgetrennter Handel** . . . der Verzweiflungskampf der **millionenköpfigen Arbeitslosenheere**, die im Massenwahn des Bolschewismus die **Grundlage jeder geschichtlichen Ordnung zu zerstören** suchen, die **Selbstmordepidemie**, die alljährlich die Bevölkerung einer mittleren Stadt fordert usw. Und über dem ganzen steht heute ein **bankrotter Staat**, der überhaupt nur noch vom **Privatbankrott** lebt."

Niemand wird die ungeheure Not des deutschen Volkes und aller Wirtschaftsstände bezweifeln, aber niemals sind Tatsachen **skrupelloser** und **demagogischer zur Verleumdung des politischen Gegners** verdreht worden, als hier. Wenn die Nationalsozialisten so sprechen, so **fälschen sie bewußt die geschichtlichen Zusammenhänge. Sie unterschlagen die wahren Ursachen dieser Not**, die nicht in der Revolution, sondern im Krieg und seinen Folgeerscheinungen liegen.

Die Sozialdemokratie ist früher aufgestanden als die Nationalsozialisten. Sie hat schon lange **vor dem Kriege die Tatsachen, die die Nationalsozialisten** heute zu ihrer Stimmungsmache benutzen, **vorausgesagt und warnend auf sie hingewiesen.**

Die Sozialdemokratie hat vor dem Krieg **gewarnt**, weil sie sah, daß ein Krieg für Deutschland und seine Wirtschaft unabwendbar die heute herrschende Not zur Folge haben mußte. Aber wie hat man ihre Warnungen aufgenommen?

Im **November 1911** sprach **August Bebel** in seiner berühmten Rede vom kommenden „Kladderadatsch" im Reichstage anläßlich der **Marokko-Debatte** noch einmal warnend von der Gefahr, die das internationale Wettrüsten für Deutschland heraufführen müsse. Er rief der bürgerlichen Welt zu:

„Dann kommt die **Katastrophe**. Alsdann wird in Europa der **große Generalmarsch geschlagen**, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken. **Aber nach meiner Ueberzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch.** (Lachen rechts) . . .

Was wird die Folge sein? Hinter diesem Kriege steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit, die große Hungersnot. (Widerspruch rechts.)

Das wollen sie bestreiten? (Zuruf von rechts: **Nach jedem Kriege wird es besser!**) . . ."

Nicht Rettung, sondern Katastrophe ist ihr Ziel.

Die nationalsozialistische Presse preist Adolf Hitler als den „Führer aus der Not" an. In Wahrheit arbeiten die Nazis mit ihrer Aufhetzung der Bevölkerung und ihrer skrupellosen Demagogie bewußt auf **die Katastrophe** hin. Sie wissen, daß es ihnen erst bei Zusammenbruch der Wirtschaft und des Staates möglich wäre, die Macht für sich und ihre großkapitalistischen Hintermänner zu ergreifen. Beweis dafür bilden ihre **eigenen Anweisungen an die Funktionäre**, wie sie in den sogenannten **„Führerbriefen"** dargelegt sind. Dort heißt es:

> **„Alles, was der bestehenden Ordnung der Dinge schädlich ist, findet unsere Unterstützung.** Alles, was geeignet ist, diesen jetzigen Staat zu erhalten, lehnen wir ab. **Mit einem Wort: wir treiben Katastrophenpolitik, weil nur die Katastrophe den jetzigen Staat beseitigen kann."**

Sie wollen alles niederreißen, was mühsam nach dem Zusammenbruch wieder aufgebaut ist. Die Nationalsozialisten machen eine Bilanz der Politik der letzten 12 Jahre, **worin alle Aktivposten verschwiegen**, die Passivposten maßlos übertrieben sind. Es ist eine Lüge infamster Art, wenn behauptet wird, daß nichts erreicht worden wäre in den letzten 12 Jahren. In der Privatwirtschaft würde jeder Staatsanwalt in einem solchen Falle **Anklage wegen Bilanzverschleierung** erheben.

Die erste Maßnahme der Sozialdemokratie im November 1918 war z. B. darauf gerichtet, daß die Lasten des verlorenen Krieges nicht samt und sonders auf die **ärmsten Volksschichten** abgewälzt werden. Wenn die Nationalsozialisten aus dem Elend der Erwerbslosigkeit politisches Kapital schlagen wollen, so antworten wir: es war das **Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß sie im Jahre 1918 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat,** die es bis dahin nicht gab.

Selbstverständlich ist heute die Lebenshaltung des deutschen Volkes viel tiefer als 1914. Alle Schichten ringen schwer um ihre Existenz. Aber wer einen Vergleich zieht, darf nicht die grauenhafte Not vergessen, in der **am Ende des Krieges** das ganze deutsche Volk gelebt hat. Im Winter 1918/19 war Deutschland so ausgeplündert und ausgesaugt, daß **weder an Kleidung noch für die Lebenshaltung das allernotwendigste vorhanden war. Deutschland lebte von den Almosen der amerikanischen Wohlfahrtsspenden** (Quäker!). Kriegsmarmelade (Hindenburgbutter!), schlechtes Brot und minderwertiger amerikanischer Speck waren damals die **„Lebensmittel" des deutschen Volkes,** und dazu noch nicht einmal in ausreichender Menge vorhanden. Margarine gehörte zu den „Delikatessen!"

Es muß den Nationalsozialisten und ihren Anhängern damals sehr gut gegangen sein, wenn sie heute behaupten, daß es seitdem immer schlechter geworden sei und daß es heute dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit schlechter gehe als in jenem katastrophalen Winter nach **dem Zusammenbruch des Weltkrieges.**

Die außenpolitische Aktivbilanz seit dem Zusammenbruch.

Die infamste Lüge ist es, wenn die **unzweifelhafte Besserung der außenpolitischen Lage** von den Nationalsozialisten bestritten wird. Gerade die **Bilanz der Außenpolitik ist im höchsten Maße aktiv.** Welche Veränderungen schon **äußerlich:**

1919 wurde Deutschland der „Friedensvertrag“ **diktiert**, seit 1924 wird mit Deutschland als **gleichberechtigter Partner verhandelt.**

1919 saß die deutsche Delegation in Paris **hinter Stacheldraht und einer dichten Postenkette** der Alliierten wie in einem Gefangenenlager.

Heute sitzt Deutschland wieder als Großmacht gleichberechtigt im Rat der Völker mit einem ständigen **Ratssitz im Völkerbund.**

Schritt für Schritt ist in **zäher Politik des Verstandes die Befreiung Deutschlands** von den Fesseln des Versailler Vertrages erfolgt.

Das beweisen nachstehende Tatsachen:

1921 beantwortete die bürgerliche Regierung Fehrenbach-Simons die Londoner Forderungen der Entente, welche die in absoluter Höhe nicht begrenzten **Reparationsforderungen des Versailler Diktats auf 132 Goldmilliarden begrenzten,** mit einem **Nein.**

Die Entente erwiderte mit der **Besetzung von Düsseldorf und Duisburg,** sowie mit der ultimativen Forderung, bis zum 10. Mai 1921 „ja“ zu sagen, widrigenfalls **das Ruhrgebiet besetzt und unter militärischem Zwang der deutschen Wirtschaft abgepreßt** werde, was zu erfüllen Deutschland ablehne.

Am 10. Mai 1921 löste die **Regierung Wirth** (Zentrum und Sozialdemokraten) die Regierung Fehrenbach ab. Sie sagte ja, **indem sie vor aller Welt erklärte, sie mache den Versuch der Erfüllung,** um die **Unerfüllbarkeit** der Ententeforderungen zu erweisen. Die **Besetzung des Ruhrgebiets wurde vermieden.**

1922 gewannen die **Katastrophenpolitiker um Stinnes und Genossen** Oberhand. Es kam zur bürgerlichen „Nein“-Regierung Cuno, im Januar 1923 zur **Besetzung des Ruhrgebietes, zur Millionenarbeitslosigkeit, zur Inflation, zur völligen Zerstörung der deutschen Währung, zur Senkung des Reallohnes auf den Nullpunkt, beinahe zum Bürgerkrieg.**

Im August 1923 liquidierte die Regierung **Stresemann-Sollmann-Hilferding den Ruhrkrieg,** leitete die **Befreiung der Ruhr, die Stabilisierung der Mark und die Hebung des Reallohnes** ein, kehrte zur Außenpolitik des Verstandes zurück.

Es folgten der Dawes- und Young-Plan mit **wesentlicher Erleichterung der Reparationslast** (32,5 Milliarden gegenüber 132 Milliarden 1921).

Auch der Young-Plan nicht das letzte Wort.

Nach dem Ruhrkrieg ist der Weg der **Erleichterung der Lasten aus dem Friedensvertrag mit Erfolg fortgesetzt worden.**

So kam es 1924 zu **neuen Reparationsverhandlungen**, die im **Dawes-Abkommen gipfelten**, das die deutschen Leistungen, die nach dem Londoner Ultimatum von 1921 jährlich mindestens 3 Milliarden betrugen, auf **normal 2,5 Milliarden jährlich herabsetzte**, aber die Festsetzung einer Gesamtsumme unterließ. **1924/25 sollte Deutschland 1 Milliarde zahlen, derart steigend, daß ab 1. September 1928 für unbegrenzte Zeit jährlich 2,5 Milliarden** gezahlt werden sollten.

Im Etatsjahr **1930/31 hätte sich erstmalig die volle Wucht dieser Belastung ausgewirkt.** Um dieser Last zu entgehen und die Bahn freizumachen für baldigste **völlige Räumung der Rheinlande**, regte der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller 1928 in Genf die baldige **Einsetzung einer internationalen Sachverständigenkonferenz** an, die unter dem Vorsitz des Amerikaners Owen Young zusammentrat und zur **Annahme des Young-Planes** durch die Regierungen der kriegsbeteiligten Staaten Europas führte.

Der Young-Plan ermäßigt Deutschlands Reparationsleistungen von 2,5 Milliarden auf durchschnittlich 2,05 Jahresmilliarden, also um 450 Millionen pro Jahr, beginnend mit 1641,6 Millionen (plus 70 Millionen zur Verzinsung und Tilgung der Dawes-Anleihe) im Jahre 1930/31. **Deutschland zahlt somit in diesem Jahre 760 Millionen weniger**, als es nach dem Dawes-Plan leisten sollte.

Der Young-Plan, der 37 Jahre (plus 22 deutscher Jahresleistungen zur Tilgung der Ententekriegsschuld an Amerika) währen soll, ist **selbstverständlich nicht das letzte Reparationswort.** Auch dieser Plan **wird revidiert** werden. **Um so eher und gründlicher, je konsequenter Deutschland an der Außenpolitik des Verstandes festhält, die unter Friedrich Ebert eingeleitet wurde, um so später oder gar nicht, wenn Deutschland den nationalsozialistischen Katastrophenpolitikern folgt.**

Nazi gegen Einstellung der Young-Zahlungen.

Am 19. November 1928 stellten die Nationalsozialisten im Reichstag folgenden **Antrag auf Einstellung der Dawes-Leistungen** (Nr. 490 **der Drucksachen**): die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die wachsende Not des schaffenden deutschen Volkes die Zahlungen aus dem Dawes-Plan einzustellen und sie den Arbeitslosen, den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, den Sozial- und Kleinrentnern, den Inflationsopfern und den sonstigen entrechteten und verelendeten Volksgenossen, insbesondere dem notleidenden Landvolk zukommen zu lassen.

Am 29. Oktober 1930 wurde der Antrag der Kommunisten: „Alle Zahlungen auf Grund des Young-Planes sind mit sofortiger Wirkung einzustellen" mit großer Mehrheit abgelehnt. **Dafür stimmten nur die Kommunisten. Die Nationalsozialisten übten Stimmenthaltung** und zeigten damit klar, daß sie **keineswegs gesonnen sind, den Young-Plan zu zerreißen und die „Tributzahlungen" einzustellen!**

Ist der Hitler-„Sozialismus“ ernst zu nehmen?

Der Hitler-„Sozialismus“ ist ein **einziger großer Schwindel. Dafür hat das Verhalten der Nationalsozialisten in der ersten Woche des neuen Reichstags neue schlagende Beweise geliefert.**

Sie fordern in ihren Anträgen **„Enteignung der Bank- und Börsenfürsten,** Brechung der Zinsknechtschaft“ und dergl. **Aber ihre Politik machen sie zusammen mit den Parteien der schlimmsten sozialen Reaktion und der politischen Vertretung des großkapitalistischen Ausbeutertums,** mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Im Lande gebärdet die NSDAP. sich „sozialistisch“. Im Reichstag aber kämpften die **107 Nationalsozialisten** geschlossen dafür, daß Herr **Dr. Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, der politischen Interessenvertretung des Schwerkapitals, Präsident des Reichstages** wird.

Dieser Herr Scholz ist nicht nur mehrfacher Aufsichtsrat, u. a in der Internationalen Handelsbank und somit ausgesprochener Vertreter des internationalen Finanzkapitals, er ist außerdem Großpensionär mit 23 000 Mark Pension als früherer Bürgermeister von Charlottenburg und Reichsminister a. D. Diesen Mann wollten die Nationalsozialisten mit Hilfe von Hugenberg auf den Präsidentenstuhl des Reichstages setzen! Nicht der **Arbeiter Paul Löbe,** sondern dieser Exponent der schwerkapitalistischen Ausbeuter sollte nach Meinung der Nazis das ganze deutsche Volk an der Spitze des Reichstages vertreten.

Der Fall des Herrn Scholz hat auch noch einmal die Verlogenheit der Judenhetze der Nationalsozialisten erwiesen. Am 12. März 1930 beantragte ihr Führer Frick im Reichstag:

> **„Wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft . . .** zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt, wird wegen **Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft.“**

Dr. Scholz aber, der Präsidentschaftskandidat der Nationalsozialisten, ist mit einer rasseechten Jüdin verheiratet. Hitler drückte hier wohl deshalb ein Auge zu, weil Scholz der Vertreter des Großkapitals ist, und wollte ihn statt ins Zuchthaus ins Reichstagspräsidium schicken.

Das sind die Taten der Nationalsozialisten. **Da soll ihnen noch jemand ein Wort glauben?**

Die Entlarvung der Nationalsozialisten marschiert.

Jeder Tag bringt neues Material zur Entlarvung der Nationalsozialisten.

Nachstehend **nur einige kurze Hinweise** auf besonders krasse Vorgänge.

1. Gehaltsabbau. Löbe und Frick.

Paul Löbe, der neue Reichstagspräsident, **verzichtete sofort nach seiner Wahl zugunsten der Erwerbslosen auf die Hälfte seiner Aufwandsentschädigung.**

Minister Frick hingegen hat niemals auf einen Teil seines Gehalts verzichtet und ist im Gegenteil noch in **eine Gehaltsbewegung zur Sicherung seiner Pension eingetreten.**

2. Hitlers Luxuswohnung. Parteipalast der Nazi.

Das wahre Gesicht der nationalsozialistischen „Arbeiter"führer wird immer deutlicher sichtbar. **Hitlers 9-Zimmer-Wohnung** in München, die **Mercedes-Benz-Luxus-Limousine** des „Arbeiter"führers **Goebbels,** liefern den Beweis, um was für Demagogen es sich hier handelt.

Keine Versammlung der Nationalsozialisten geht vorüber ohne die wüsteste Hetze gegen die **„Paläste der Ortskrankenkassen".** Daß aber die Hitlerbewegung sich in München in der **Briennerstraße** einen der **größten Paläste von ganz München gekauft** und zum Sitz ihrer Parteizentrale gemacht hat, das wird der Oeffentlichkeit bewußt unterschlagen.

3. Der Fall Gottfried Feder.

Auch Herr Gottfried Feder, der Vater des nationalsozialistischen Partei- und Wirtschaftsprogramms, ist jetzt in ganzer Größe ins Licht der Oeffentlichkeit getreten.

Als Finanzminister der Hitler-Diktatur in München erließ Feder am 9. November 1923 eine **Verfügung,** die „jede **Veränderung oder Verschiebung des Vermögensstandes" mit schwerer Strafe bedroht!**

Er selbst aber setzte — **in Vorahnung der Dinge, die da kommen würden** — am Abend zuvor alles daran, rasch **sein eigenes Bankdepot** in Sicherheit zu bringen.

Als er im Reichstag über diese **unerhörte Handlungsweise,** die **jeder Moral** Hohn spricht, zur Rede gestellt wurde, behauptete er, es hätte sich um **„wertlose Papiere"** gehandelt. Die Akten ergeben aber, daß es sich um **einige Dutzend Industrieaktien im Gesamtwert von mindestens 40 000 Mark Goldwert handelte, eine Summe, die in** jenen katastrophalen Tagen des Jahres 1923 **ein Vermögen** darstellte. Der **„Brecher** der Zinsknechtschaft" als Vermögensschieber — das paßt zu der ganzen nationalsozialistischen Gesellschaft.

Die Hetze gegen die „Novemberverbrecher".

Landesverräter und Novemberverbrecher, das sind die Beschimpfungen, mit denen die Nationalsozialisten bei ihrem Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie dauernd arbeiten. Bis zu welchem Punkt sie sich in ihrem **blinden Haß** versteigen, zeigt das **Wort Hitlers,** der im Januar 1923 im Münchener Kindlkeller zum Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ausrief: **„Nicht nieder mit den Franzosen muß es heißen, sondern nieder mit den Novemberverbrechern!"**

Als im Reichstage jetzt von sozialdemokratischer Seite an dieses Wort erinnert wurde, um zu zeigen, **wie „national"** die Nationalsozialisten sind, wurde das Wort von den Nationalsozialisten erneut mit hysterischem Beifallsgeschrei bejubelt und beklatscht. **Man haßt den eigenen Volksgenossen also mehr als den „Erbfeind".** Schlagender kann wohl nicht gezeigt werden, wie groß die **geistige Verwirrung** ist, in die die Nationalsozialisten sich und das deutsche Volk hineingehetzt haben.

Ist aber nicht Hitler selbst ein Novemberverbrecher?

Die „Münchener Post" hat festgestellt, **ohne daß bisher Hitler in der Lage gewesen wäre, diese Behauptung zu entkräften,** daß Hitler sich am 3. Mai 1919, also **6 Monate nach der Revolution,** in einer Versammlung auf dem Oberwiesenfeld in München **zur Mehrheitssozialdemokratie bekannte.**

Haben aber die Nationalsozialisten **ein Recht, sich moralisch zu entrüsten?** Ihr Führer **Straßer,** ihr Redner im Reichstag, hat am 30. April 1923 der **Landshuter Polizei sein Ehrenwort gegeben,** die Waffen der Nationalsozialisten in die Kaserne zu schaffen. **Straßer hat dieses Ehrenwort gebrochen.** Als diese Tatsache im Reichstag festgestellt wurde, hat Straßer **diesen Wortbruch nicht nur zugegeben, sondern sich auch noch damit gebrüstet.** Das paßt zu Hitler, der beim Novemberputsch 1923 ebenfalls spielend sein Ehrenwort brach: **Ehrbegriffe mit Gummizug, eine echt nationalsozialistische Erfindung.**

Was hat es überhaupt mit den „Novemberverbrechern" für eine Bewandtnis?

Die Handlungen der sozialdemokratischen Arbeiter im Jahre 1918 waren **alles andere als ein „Verbrechen".** Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1918 das **deutsche Volk vor dem Untergang gerettet.** Ohne das Eingreifen der deutschen Arbeiterschaft wäre Deutschland damals von der **politischen Landkarte Europas gestrichen** worden. Das deutsche Bürgertum versagte. Die herrschende Kaste saß in den Mauselöchern. Und Wilhelm von Hohenzollern war gleich Ludendorff längst über die Grenze abgehauen.

Die **„Verbrecher" waren diejenigen, die das deutsche Volk in diese Katastrophe hineingeführt hatten, nicht die Sozialdemokratie.** Und diese Verbrecher sind **heute die Hintermänner, Handlanger** und **Förderer der nationalsozialistischen Bewegung.**

Die Nazi und die Frauen. (1)

In dem Programm der Nazi sucht man vergeblich nach einer Stellungnahme zu den dringendsten Frauenfragen. Ganze zwei Zeilen, in denen der ganz selbstverständliche Schutz für Mutter und Kind gefordert wird, sind alles, was das „Programm“ zur Frauenfrage sagt.

Wenn das Programm eine deutliche Stellungnahme schamhaft umgeht, so sprechen die „Taten“ der Nazi und die Aussprüche ihrer „Führer“ um so eindringlicher. 35 bis 55 Prozent aller Naziwähler bei der letzten Reichstagswahl waren Frauen. **Unter den 107 Abgeordneten der Nazi befindet sich keine einzige Frau.**

Als der Abgeordnete Leicht im Reichstag bei der Anrede „Meine Damen und Herren“ zu den Nazi gewandt feststellte, „ach so, Sie haben ja keine Frauen“, erscholl es im Chor: „Nein, Gott sei Dank nicht“.

Abgeordneter Feder stellt fest: **Die Frau muß wieder Magd und Dienerin werden“**, und er meint, sie muß sogar „je nachdem unter gelindem Druck mit dieser Rolle vertraut gemacht werden!“ Die Nazi sprechen der Frau jede politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung ab.

Abgeordneter Goebbels schrieb in seinem „Angriff“:

> „So ist neuerdings die Assessorin Spitzer Vorsitzende des Schöffengerichtes Charlottenburg geworden. Wenn dann vielleicht noch, wie in der ersten Sitzung, ein weiblicher Schöffe vorhanden ist, das Gericht also mit zwei Frauen und einem Mann besetzt ist, **so bedeutet das eine Herabwürdigung der Rechtspflege, wie sie ärger kaum gedacht werden kann.** Was bleibt einem Angeklagten übrig, als zu schweigen und seine Hoffnung auf die Berufungsinstanz zu setzen, in der zurzeit noch Männer sitzen.“

Aerger als Goebbels kann man kaum den Kampf der Frau um berufliche Gleichberechtigung und Anerkennung verhöhnen!

Die Nazi sind nicht nur gegen politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, sie sprechen auch deutlich aus, daß sie **der Frau das primitivste Lebensrecht über ihren eigenen Körper nehmen wollen.** In einem **Antrag Frick, Feder, Goebbels und Genossen** heißt es:

> **„Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert, wird mit Zuchthaus bestraft.“**

Es soll also nicht nur die Abtreibung, sondern sogar jede Aufklärung über Verhütungsmaßnahmen rigoros unterbunden werden. Warum? Die Nazi brauchen Kanonenfutter für den von ihnen als letztes Mittel gepredigten kommenden Krieg!

Die Nazi und die Frauen. (2)

Verhöhnung der Frau, Entwürdigung der Frau, das sind die „Taten“ der Nazi für die proletarische Frau. Manfred von Killinger berichtet in seinem Buch „Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben“ über die Maßregelung einer gefangenen Arbeiterin folgendermaßen:

„Zwei Mann packen sie, sie will beißen, eine Maulschelle bringt sie zur Räson. Im Hofe wird sie über die Wagendeichsel gelegt und **solange mit der Fahrerpeitsche bearbeitet, bis kein weißer Fleck mehr auf ihrer Rückseite war.** „Die spuckt keinen Brigadier mehr an. Jetzt wird sie erst einmal drei Wochen auf dem Bauche liegen“ sagt Feldwebel Herrmann.“

Frauen, die denken und für die Befreiung der Menschheit von der Nazipest kämpfen, sind den Herren am gefährlichsten. Im „Hammer“ des Herrn Fritsch heißt es: **„Denn der schrecklichste der Schrecken ist ein marxistisches Weib“.**

Die Nazi verkörpern der Frau gegenüber den dümmsten, brutalsten Herrenstandpunkt. Sie wollen die Frau in die Küche einsperren und zur Magd machen.

Die Wahrheit über die faschistische Diktatur.

I. Was ist der Faschismus? — Das italienische Beispiel.

Die Nationalsozialisten wollen **in Deutschland den Faschismus einführen.** Hitler selbst hat es zugegeben in seinem Gespräch mit Straßer („Revolution oder Ministersessel"), in dem er sagte:

„Wir haben hier ja ein **Vorbild,** das wir ohne weiteres annehmen können, den **Faschismus!**

Genau so, wie die Faschisten dies bereits durchgeführt haben, werden **auch in unserem nationalsozialistischen Staat** Unternehmertum und Arbeiterschaft gleichberechtigt nebeneinanderstehen."

Was erwartet die deutsche Arbeiterschaft, wenn der Faschismus kommt?

Die italienische Arbeiterbewegung hat durch den Faschismus **alles verloren.** Bevor Mussolini zur Macht kam, versprach er, genau so wie unsere Nationalsozialisten, der Arbeiterschaft goldene Berge.

Nach dem faschistischen Programm von 1919 sollten die Banken, Börsen und Aktiengesellschaften abgeschafft, das Land an die Arbeiter verteilt, das arbeitslose Einkommen konfisziert werden. Noch bis zum Herbst 1929 trugen die Faschisten eine rote Kokarde.

Dann aber begann der mit Bank- und Unternehmerkapital finanzierte

Terror der Faschisten gegen die Arbeiterschaft.

Heute gibt es in Italien weder eine sozialistische noch kommunistische Arbeiterpartei oder Gewerkschaft. Schon der kleinste Versuch zu einer Agitation in dieser Richtung wird von einem **Gericht,** das aus einem **Offizier des Heeres und vier Offizieren der faschistischen Parteigarde** besteht, mit zehn bis zwanzig Jahren **Zuchthaus** bestraft.

Das ist der **Idealzustand** für die **„sozialistischen" Anhänger des „Dritten Reiches".**

II. **Der blutige Weg des Faschismus.**

Das erste Ziel des faschistischen Terrors in Italien war die **Zerstörung der sozialistischen Genossenschaften**, weil sie die Konkurrenz für den Kleingewerbetreibenden bildeten. Genau so, wie unsere Nationalsozialisten nicht den **Kapitalismus**, sondern **nur Warenhäuser und Konsumvereine** bekämpfen.

Dann folgte das **Anzünden, Demolieren und Plündern** der sozialistischen, katholischen und demokratischen **Gewerkschaftshäuser**, deren Brandruinen man zum Teil noch heute in Italien sehen kann. Die **Zeitungshäuser der Arbeiterparteien wurden gewaltsam zerstört, die Parteibüros verwüstet, die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf barbarische Weise mißhandelt und zum Teil viehisch ermordet, zum anderen Teil auf einsame Inseln deportiert.**

Die Arbeiter wurden geprügelt und in jeder Weise entehrt. — So war es z. B. ein besonderes Vergnügen dieser herrlichen faschistischen Jugend, Arbeiter, die aus irgendeinem Grund ihr Mißfallen erregten, auf der Straße einzufangen, ihnen das Haar abzuscheren und den **Kopf mit den Farben der italienischen Nationalflagge anzustreichen.**

Auch in diesen Kampfesmethoden sind bekanntlich die Nationalsozialisten bestrebt, **das Vorbild des italienischen Faschismus zu erreichen**, wenn möglich noch zu **übertrumpfen.**

III. Faschismus = brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft.

1. Es gibt in Italien zwar von den Faschisten selbst eingerichtete Gewerkschaften, aber nur zu dem Zweck, die Arbeiterschaft politisch und ökonomisch zu beherrschen und **führende Faschisten mit Posten zu versehen.**

Die Gewerkschaften dürfen keine Lohnkämpfe führen. Jeder Streik ist gesetzlich verboten und wird schwer bestraft. Dafür gibt es aber nicht weniger als **achttausend faschistische Gewerkschafts-„bonzen"**, die noch dazu nicht gewählt, sondern von der faschistischen Zentrale **ernannt** werden.

Wenn der italienische Arbeiter **nicht verhungern will**, muß er diesen faschistischen Gewerkschaften **beitreten** und für sie **zahlen.** Sonst hätte er bei der **dauernden starken Arbeitslosigkeit** in Italien keine Möglichkeit, Arbeit zu bekommen. Denn die staatliche Arbeitsvermittlung ist so geregelt, daß **den Mitgliedern der faschistischen Partei und der faschistischen „Gewerkschaften"** von den Arbeitgebern der **Vorzug gegeben werden muß.**

2. Die **Löhne** der italienischen Arbeiterschaft wurden **von den** Faschisten sofort, nachdem sie zur Herrschaft gelangt waren, **um 20 Proz. heruntergesetzt.**

Heute sind die **Reallöhne in Italien** nach der offiziellen Statistik des internationalen Arbeitsamtes die **schlechtesten in ganz Europa.** Nach der eigenen italienischen Statistik beträgt der **Stundenlohn eines italienischen Arbeiters** im Durchschnitt ganze 2,06 **Lire, das heißt, nach unserem Gelde 44 bis 45 Pfennig.**

IV. Die geistige Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Zuckerbrot und Peitsche für die Arbeiterschaft.

Jede selbständige geistige Regung in der italienischen Arbeiterschaft wird vom Faschismus b r u t a l unterdrückt.

Das vom Faschismus eingerichtete, angeblich der Arbeiterbildung dienende Unternehmen (Doppo lavore) besteht aus Tausenden von Sportverbänden und Ausflugsvereinen, die als **Werkvereine organisiert** sind, aus Mandolinenklubs, Theaterorganisationen usw. **Jede politische, ökonomische Diskussion und Unterrichtung ist ausgeschlossen.** Alle diese Einrichtungen werden **von den faschistischen Parteisekretären kontrolliert,** und die Mitgliedskarte, auf die es allerhand Ermäßigungen — im Kino, auf der Bahn usw. gibt, **wird jedem politisch Unzuverlässigen sofort entzogen.**

Daß es sich bei diesen Einrichtungen um nichts anderes als um **eine politische Kontrolle** und ein **soziales Beherrschungsmittel der kapitalistisch-faschistischen Diktatur handelt,** liegt auf der Hand.

Jeder, der Italien wirklich kennt, weiß, daß die Arbeiter den Faschismus hassen. Sie haben auch allen Grund dazu.

Da aber eine ungefälschte Willensäußerung in der faschistischen Diktatur unmöglich ist, läßt sich die Ablehnung des Faschismus durch die gesamte italienische Arbeiterschaft für die Gegenwart nicht zahlenmäßig belegen.

Die letzten **ungefälschten Wahlen** fanden als **Betriebsratswahlen** im Jahre 1925 statt. Da gab es z. B. in der größten italienischen Fabrik, in den Fiat-Automobilwerken, 4740 kommunistische, 4463 sozialistische, **760 faschistische** (Angestellte?) und 390 katholische Stimmen; im Stahlwerk des Fiat hatten die Sozialisten die Mehrheit. In der Fabrik Bauchiero in Condove wählten von 900 Arbeitern 786, davon 745 sozialistisch, **41 faschistisch.** Bei den Offizien di Sevignano gab es von 571 Wählern 526 sozialistische, **8 nichtige, 27 weiße** und einen faschistischen Zettel.

Heute wäre eine geheime Wahl für die Faschisten womöglich noch vernichtender. Deswegen hüten sie sich vor einer solchen und **regieren** lieber auf Grund ihres **riesigen Polizei- und Spitzelheeres unter dreihunderttausend Bajonetten der faschistischen Parteigarde.**

Das ist die Wahrheit über die faschistische Diktatur, die sich unsere Nationalsozialisten zum idealen Vorbild genommen haben.

V. Der Nationalsozialismus der Abklatsch des italienischen Faschismus.

„Der Hitler-Sozialismus" eine bewußte Lüge.

Die Nationalsozialisten wollen „Faschisten" sein. Ihr Vorbild haben sie bisher in allen Punkten, sogar bis auf das gelbe **Hemd** und **den faschistischen Gruß** nachgemacht. Am besten zeigt dies ein aus Dresden, den 18. Februar, datierter Brief, der an **einen Fabrikdirektor Fritsche in Weimar gerichtet ist** und diesem offenbar das sozialistische Getue der Nationalsozialisten erklären soll. In diesem Brief schreibt der **Dresdner Organisator der Hakenkreuzler** — selbstverständlich ein beschäftigungsloser **Hauptmann** — wörtlich folgendes:

„Zu Ihrer Bemerkung betreffs sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen:

„Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren." „Der Zweck heiligt die Mittel ..." „Sind Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor! — wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (bezüglich Ihres zurzeit **schwankenden Unternehmens**), dann **sind Sie nirgends besser geborgen, als bei unserer NSDAP.** Gewiß — **es sind Schlagworte — wie „Nieder mit dem Kapitalismus! — Juden" usw., aber selbige sind notwendig,** unbedingt, denn unter dem Banner „deutschnational" oder nur „national" allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel — haben also keine Zukunft mehr ... Also, verstehen Sie nur recht — **wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen** — sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. — Mit einem **direkten** Programm marschieren wir nicht auf — **aus diplomatischen Gründen — das behalten wir uns** vor."

Das direkte Programm, das die Nationalisten sich „aus diplomatischen Gründen" vorbehalten, ist — — **der Abklatsch** des italienischen **Faschismus.**

Bürgertum und Faschismus.

Eine Warnung an Verblendete.

Die Sozialdemokratie **leugnet keineswegs**, von welcher Bedeutung es war, daß im Jahre 1918 **weite Kreise des deutschen Bürgertums entschlossen an die Seite der Arbeiterschaft auf den Boden der parlamentarischen Demokratie** getreten sind. Um so bedauerlich ist es, daß **heute** in überwiegendem Maße das deutsche Bürgertum in tiefster politischer Verblendung über die wahren Ursachen der heutigen Not im Begriffe ist, sich **dem Faschismus an den Hals zu werfen.**

Die Wahl vom 14. September beweist, daß trotz Krieg und Zusammenbruch das Bürgertum **nichts gelernt und alles vergessen** hat. **Um so notwendiger wird das Eingreifen der Arbeiterschaft.** Die Sozialdemokratie wird es **nicht dulden, daß an dem Unverstand und an der politischen Verblendung des Bürgertums auch die Deutsche Republik zugrunde geht.**

Das Bürgertum soll wissen: wenn es faschistische **Abenteuer** in der Außenpolitik unterstützt, spielt es das Spiel der imperialistischen Großmächte. An **dem Feuer, das Hitler in Deutschland entzündet hat, wärmen sich Poincaré und die französischen Militaristen die Hände.** Das deutsche Bürgertum soll wissen, daß derartige **Abenteuer sehr wahrscheinlich mit dem sofortigen Verlust von Ostpreußen und mit der Besetzung des linken Rheinufers verbunden wären.**

Seit dem 14. September schreiben zahllose Blätter Frankreichs unaufhörlich von der **„verfrühten Rheinlandräumung"**. Die Militaristen des Auslandes warten nur auf die Gelegenheit, **erneut in die befreiten Gebiete einzumarschieren.** Glaubt jemand, daß auf eine solche Besetzung noch **einmal freiwillig die Räumung folgen** würde, wie im Sommer dieses Jahres?

Man kann die **Rheinlandpolitik der französischen Militaristen,** die auf die Zerstückelung Deutschlands abzielt, nicht **besser unterstützen,** indem man **Hitler hilft und** die Nationalsozialisten **zur Macht** bringen will.

Das Bürgertum soll es sich also genau überlegen, was es tut, wenn es die nationalsozialistische Bewegung mit Beifall oder Geld unterstützt!

Wir werden uns nicht kuschen.

Genau so sei das deutsche Bürgertum auch vor dem Gedanken gewarnt, innerpolitisch irgendwelche faschistischen Experimente mit der Verfassung zu versuchen.

Die Massen der Republikaner und die sozialdemokratische Arbeiterschaft sind **nicht gewillt**, mit sich **irgendwelche faschistischen Experimente machen zu lassen.**

„Wer glaubt, daß wir uns zu kuschen haben und daß wir uns weiterhin eingeschlagene Fensterscheiben gefallen lassen, dem wollen wir — das ist keine Versammlungsphrase, sondern es soll ein Schwur sein — zeigen, daß physische Kraft nicht nur bei den anderen vorhanden ist. Wer glaubt, republikanische Einrichtungen ungestört angreifen zu können, soll die Wahrheit des Wortes erfahren: Auf einen **Korsaren anderthalbe.“** (Der preußische Innenminister **Severing** am 22. Oktober 1930 in der Festhalle Frankfurt a. M.)

Täusche sich niemand über den Ernst dieser Worte!

Deutschland ist nicht Italien!

Die deutsche Arbeiterschaft blickt auf eine **jahrzehntelange Schulung und Tradition** zurück. Die deutschen Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften und Genossenschaften sind die am festesten gefügten der **ganzen Welt.** Sie haben dem Faschismus eine **andere Macht entgegenzusetzen** als die italienischen Verbände.

Die deutsche Arbeiterschaft hat in der **Vorkriegszeit unter Opfern** sondergleichen gegen die **Dreiklassendiktatur in Preußen, um ihre politischen Rechte, um Koalitionsfreiheit und um das allgemeine gleiche Wahlrecht gekämpft. (Viele Jahre** Gefängnis haben die sozialdemokratischen Führer damals **auf sich genommen, genau so wie in der Zeit** des Sozialistengesetzes.)

Kampf dem Faschismus — unser der Volksstaat.

Der Kapitalismus hat heute in Deutschland 3 **Millionen Menschen um Brot und Lohn gebracht. Das Bürgertum soll nicht glauben, daß die Arbeiter sich nun kampflos auch noch ihre politischen Rechte rauben lassen würden.**

Wer in Deutschland faschistische Abenteuer beabsichtigt, wer die Verfassung antasten will, wer die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft schmälern will, muß sich darüber im klaren sein, daß das einen Kampf bis aufs äußerste heraufbeschwört.

8½ Millionen Männer und Frauen haben in der letzten Wahl sich wiederum **hinter die Sozialdemokratie** gestellt. Dieser Block ist heute fester denn je gefügt. Schon diese Wahl war eine **Kampfabstimmung,** in der klar **für** die Sozialdemokratie und **gegen die faschistische Diktatur** entschieden worden ist.

Die Arbeiterschaft weiß, **warum sie für die Demokratie kämpft.**

Ohne Demokratie keine politischen und sozialen Selbstbestimmungsrechte.

Ohne Demokratie keine Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift.

Ohne Demokratie keine Agitation für den Gedanken des Sozialismus und der Wahrung der Arbeiterinteressen.

Ohne Demokratie kein Recht auf menschenwürdige Existenz.

Die Arbeiterschaft weiß, was sie zu verlieren hat, wenn die faschistische Diktatur sich in den Sattel setzen sollte. Gerade deshalb **aber wird sie nicht zurückweichen, sondern den Kampf aufnehmen, wenn der Kampf gewollt wird.**

Hat sich das deutsche Bürgertum, haben sich die Bauern und Handwerker, hat sich der Mittelstand und die Beamtenschaft überlegt, **was ein solcher Kampf für die deutsche Wirtschaft bedeuten würde?**

Wer danach Deutschland beherrscht, würde **über ein Trümmerfeld herrschen.**

Die Sozialdemokratie ruft zur höchsten Wachsamkeit. Es gilt, die Massen der sozialdemokratischen Wähler und die ganze organisierte Arbeiterschaft vor den Augen der deutschen Oeffentlichkeit als einen Machtfaktor hinzustellen, mit dem die gelben faschistischen Abenteurer und alle Diktaturlüsternen **zu rechnen haben werden.**

Noch ist die Sozialdemokratie bereit zu jeder parlamentarischen Lösung, die die Rechte der Arbeiterschaft unangetastet läßt. **Noch ist die Arbeiterschaft selbst weitgehend zu Opfern bereit,** um den Volksstaat und die Zukunft der demokratischen Verfassung zu retten.

Wollen die Todfeinde der Arbeiterklasse aber die friedliche Lösung **nicht,** sondern den Kampf, **so sollen sie ihn haben.**

Die Arbeiterschaft ist sich bewußt, daß sie zusammen mit den Gewerkschaften **auch außerparlamentarisch stark genug ist,** um die sozialen und politischen Rechte der Massen zu verteidigen, wenn es darauf ankommt.

Die Faschisten werden auf Granit beißen.

Her zur Sozialdemokratie! Unser der Volksstaat!

Die Rolle der KPD.

Der Schrittmacher des Faschismus.

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, der parteipolitische Träger der faschistischen Bewegung in Deutschland, wäre für die Arbeiterklasse eine geringere Gefahr, wenn sie nicht aus dem Lager der Arbeiterklasse indirekt Unterstützung erhielte.

Es ist die **Kommunistische Partei,** die durch Weitertreiben der Spaltung auf politischem Gebiete, in den Gewerkschaften, den Genossenschaften, den Kultur- und Sportorganisationen, die Arbeiterklasse schwächt.

Die Erschütterung des Vertrauens zu der eigenen Organisation ist ein **Verbrechen an den Klasseninteressen des Proletariats.** Seit Jahr und Tag kennt die Kommunistische Partei **nur ein Ziel: die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften.** Sie will ihr Ziel erreichen durch Herunterreißen der Führung, durch scheinradikale Forderungen, deren Verwirklichung von Folgen begleitet sein würde, die in den meisten Fällen das Elend des arbeitenden Volkes noch verschlimmern würden.

Im Interesse des arbeitenden Volkes müssen sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegen die KPD. wehren, ihre unsinnigen und undurchführbaren Anträge bekämpfen und ablehnen. Darum schreit die KPD.: **„Verrat der Bonzen, der Schurken und Halunken".**

In den Zeiten schwerster wirtschaftlicher Krise, fortgesetzter Steigerung der Not und des Elends fallen solche Beschimpfungen auf günstigen Boden.

Die Nationalsozialisten **ernten die Früchte der kommunistischen Hetze. Die Unorganisierten, der proletarisierte Mittelstand, die Kleinbürger, die akademische Jugend, folgen den Nationalsozialisten williger als den Kommunisten.** Das hat die Reichstagswahl am 14. September deutlich bewiesen.

Im Kampf gegen den Faschismus muß deshalb gezeigt werden, wie stark die Kommunistische Partei fortwährend die Arbeiterinteressen schädigt. Die Kommunisten sind der **Schrittmacher des Faschismus** genau so, wie ehedem in Italien.

Die Notwendigkeit der **Einheit und Geschlossenheit des arbeitenden Volkes** drängt sich jedem auf, dem es Ernst ist mit der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse, mit der Ueberwindung des kapitalistischen Systems.

In diesem Sinne ist die nachfolgende Materialzusammenstellung zu verwenden.

Das KPD.-„Programm“ für die Armen und Hungernden.

1¾-Milliarden-Schwindel.

Als das Kabinett Brüning sein in vielen Punkten anfechtbares Sanierungsprogramm aufstellte, mit dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich in ernstester Weise befassen wird, indem sie **die im Interesse der breiten Massen gelegenen Abänderungen und Verbesserungen durchzusetzen** sich bemüht, antworteten die Kommunisten großspurig mit einem „eigenen Sparprogramm“. Es war aber auch danach. Blutigster Dilettantismus, Pfuscherei schlimmster Art. **Darüber, ob die Forderungen ihres „Programms“ durchführbar sind, ob die in die Welt geschleuderten Zahlen auch stimmen, zerbrechen die kommunistischen Programmschuster sich nicht die Köpfe.**

Die Massen sollen aber **wissen, wie leichtfertig** und **gewissenlos** sie von der KPD. hinters Licht geführt werden, darum geben wir hier das kommunistische Programm wieder, indem wir den falschen die **richtigen** Zahlen hinzufügen:

	Zahlen der Kommunisten Mill. Mk.	Richtige Zahlen Mill. Mk.
Sofortige Einstellung der Zahlungen des Young-Planes	2000	1700
Streichung der Ausgaben für die Reichswehr	750	750
Streichung d. Bürgerkriegsausgaben für die Polizei	600	600
Sondersteuer auf Millionäre (20 Proz.)	1800	1200
Besteuerung der Dividenden (20 Proz.)	320	200
Sondersteuer auf Aufsichtsratstantiemen (20 Proz.)	200	30
Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark (20 Proz.)	380	250
Streichung aller Subventionen	500	300
Einziehung aller hohen Gehälter der Beamten, Angestellten in öffentlichen Stellen (über 8000 Mk.) und der Riesenpensionen (über 6000 Mk.)	200	200
Streichung der Ausgaben für die Kirche, Zensur, Teno, Schlichtungswesen	300	170
Insgesamt:	7050	5400

Es ergibt sich, daß die Kommunisten munter drauflos mogeln. Sie „sparen“ — eins, zwei, drei, das ist nicht schwer — **fast 1¾ Milld. mehr, als sich bei Durchführung ihres Programms ersparen ließe, wenn dieses Programm durchzuführen** wäre. Aber das ist es **nicht**, sondern **das ganze Programm ist eine einzige große Lüge.** Die Kommunisten glauben selbst nicht, daß sich die Reparationsgläubiger die Einstellung der Young-Zahlungen einfach gefallen lassen werden. Sie wissen ganz genau, daß sie im Reichstag für ihre Forderungen **keine Mehrheit** haben. Wahrscheinlich nicht einmal für auch nur **einen** der zehn Punkte, geschweige denn für das ganze Programm. **Nicht einmal die Nazis werden dafür stimmen,** weil sie nicht die Henne abschlachten dürfen, die ihnen die goldenen Eier legt.

Bringt das KPD.-Programm Brot und Freiheit?

Nein: Drohende Katastrophe, vermehrte Arbeitslosigkeit.

Das kommunistische „Programm für Brot und Freiheit", dessen Sparmillionen wir auf Blatt 29 im einzelnen aufgeführt haben, lehrt eindeutig, daß seine Fabrikanten die kommunistischen Wähler für politische Dummköpfe halten müssen, denn:

Sofortige Einstellung der Young-Zahlungen würde dem deutschen Volke weit mehr kosten, als die sagenhaften 7,05 Milliarden, die dies glänzende Programm erspart, nämlich: **neuen Ruhrkrieg, eine neue Inflation, eine neue gewaltige Steigerung der Massenarbeitslosigkeit.**

Streichung der Ausgaben für Heer und Polizei würde die **Republik wehrlos den Diktaturgelüsten Hitlers und Hugenbergs ausliefern**; die Soldaten und Polizeibeamten würden auf die Straße fliegen und das Arbeitslosenheer vermehren.

Uebrigens: Den Reichswehrleuten und Polizeibeamten sollen glatt alle Einkünfte gestrichen werden — den Millionären aber bleiben 80 Proz. Welche Schonung für die Millionäre!

Streichung aller Subventionen bedeutet, daß damit die Arbeiter von Mansfeld, die von den Schichauwerken, von den Deutschen Werken und viele andere **brotlos** werden.

Streichung der Ausgaben für das Schlichtungswesen **reißt alle Schranken für Lohnabbau und Lohndruck** nieder. Stegerwald hat Wissell als Berliner Schlichter im Metallkonflikt ausgeschaltet, weil er ihm unbequem ist. Die Kommunisten wollen **alle** Schlichter beseitigen.

So sieht das kommunistische „Programm für Brot und Freiheit" in Wirklichkeit aus. **Es ist ein Programm für die Verelendung der Massen, für gewaltige Verschärfung der Arbeitslosigkeit, für Verewigung der Wirtschaftskrise und für den Bürgerkrieg.**

Die traurige Rolle der Kommunisten in Italien.

Die Schrittmacher des Faschismus.

Auch in Italien konnte der Faschismus nur siegen, weil die Arbeiterschaft gespalten war. Mussolini hat nicht Italien vor dem Bolschewismus gerettet, vielmehr hat der brudermörderische Kampf der Kommunisten gegen die Sozialisten auch in Italien die Widerstandskraft der Arbeiterbewegung **ungeheuer geschwächt.**

Und wahr ist es ferner, daß die **unsinnige Besetzung der oberitalienischen Fabriken**, die ein Werk der Kommunisten war, mit einer schweren Niederlage geendet hat, die das Selbstbewußtsein des gesamten Proletariats innerlich zermürbte. Andererseits wurden durch diese Fabrikbesetzung Haß und Furcht der Kapitalisten so sehr gestärkt, daß Mussolini nunmehr als Retter auftreten konnte. Ob unsere Kommunisten davon gelernt haben?

Das 15-Milliarden-Projekt.

Rezept: Man nehme — man gebe . . .!

So forsch zupackend die Kommunisten im Nehmen bzw. „Sparen" sind — auf dem Papier — so freigebig sind sie auf demselben geduldigen Papier im Geben. Mit ihren Wunschmilliarden wollen sie folgendes bewerkstelligen:

Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich,
Ausbau der Arbeitslosenunterstützung,
Erhöhung der Leistungen der Wohlfahrtspflege,
Erweiterung und Verbesserung der Kriegsopferversorgung,
Senkung der Mieten und Steigerung des Wohnungsbaues,
eine umfassende Hilfsaktion für den Mittelstand,
Hilfe und Unterstützung für die Kleinbauern und für die Kleingewerbetreibenden.

Mit splendider Hand werden Geschenke nach allen Seiten ausgeteilt. Aber **dies „Programm für die Armen und Hungernden" kostet nicht 5 oder 7 Milliarden, sondern 15 Milliarden,** wenn seine Forderungen nicht nur leere Phrasen sein sollen. Aber die Kommunisten haben selbst nur ihr Programm auf 5 Milliarden berechnet. Die fehlenden 10 Milliarden nehmen sie aus der Luft.

Das kommunistische „Programm für die Armen und Hungernden" ist eine schamlose Irreführung der breiten Massen und eine blutige Verhöhnung des arbeitenden Volkes. Die Kommunisten speisen die Arbeitslosen mit falschen Zahlen ab. Sie überwinden die Wirtschaftskrise mit plumpen Fälschungen und leeren Versprechungen.

Die KPD. gegen gänzliche Beseitigung der Notverordnung.

Für Reichswehretat und Gemeindegetränkesteuer.

Die Kommunisten machen der Sozialdemokratie einen schweren Vorwurf daraus, daß sie für die Ueberweisung der Notverordnung an den Haushaltsausschuß statt für deren Aufhebung gestimmt hat. Wie „ernst" die Kommunisten es mit der Aufhebung dieser Notverordnung des Reichspräsidenten meinen, beweist ihr Antrag. Darin **verlangen sie nicht etwa die völlige Aufhebung der gesamten Notverordnung,** sondern nur soweit das Beamtennotopfer, die Ledigensteuer, die Kopf- und Gemeindebiersteuer, sowie der Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung in Frage kommt. Die Notverordnung enthält aber bekanntlich auch den Etat des Reiches für das laufende Rechnungsjahr. **Dieser Etat soll nach dem kommunistischen Antrag nicht außer Kraft gesetzt werden.** Damit lassen die Kommunisten auch **den Reichswehretat in Höhe von 750 Millionen unangetastet.**

Ebensowenig verlangen die Kommunisten in ihrem Antrag die Aufhebung des Teils der Notverordnung, der den **5prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer** vorsieht, den die Regierung zum Schutze der großen Einkommensempfänger so niedrig gehalten hat, anstatt den **von der Sozialdemokratie verlangten 10prozentigen Zuschlag zu erheben.** Auch die **Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer** wird nicht gefordert.

Die Kommunisten beweisen also mit ihrem Antrag die Unmöglichkeit, die Notverordnung in ihrer Gesamtheit aufzuheben. Weil dem so ist, darum haben die Sozialdemokraten sich damit einverstanden erklärt, daß in den sachlichen Beratungen des Haushaltsausschusses die Verordnungen **sozialer gestaltet werden,** als sie es in ihrer jetzigen Form sind.

Für den Fall, daß die Kommunisten die Richtigkeit dieser Darstellung bestreiten, sei der **Wortlaut des Antrages Torgler, Dr. Neubauer auf Drucksache** 15 des Reichstages mitgeteilt. Er lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 (Reichsgesetzbl. Nr. 31 vom 27. Juli 1930), enthaltend Beamtenopfer, Ledigensteuer, Kopf- und Gemeindebiersteuer, Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung, ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

   Alle auf Grund dieser Notverordnung geleisteten Zahlungen sind zurückzuerstatten.

3. Alle gekürzten Unterstützungsbeträge sind nachzuzahlen.
4. Alle Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Bestimmungen dieser Notverordnung zur Wehr gesetzt haben und ihre Durchführung verweigert haben oder verweigern, sind sofort aufzuheben."

KPD. als Steuerverweigerer.

Ein leichtfertiger Rat und böse Folgen.

In Thüringen muß die **Fricksche Kopfsteuer** durch die Gemeindeverwaltungen eingezogen werden. Die Kommunisten haben zur Nichtbezahlung der Kopfsteuer aufgefordert. In Gemeinden mit sozialdemokratischen Bürgermeistern treiben sie gegen die SPD. eine besonders wüste Hetze. Dazu gehört auch **Meuselwitz**. Unser zuständiges Parteiblatt, die „Ostthüringer Volkszeitung", erhielt im Oktober 1930 von einem Betriebsleiter folgende Zuschrift:

„Eine bittere Enttäuschung erlebten am letzten Lohntag alle diejenigen Arbeiter, die der Aufforderung der Kommunisten Folge geleistet hatten, die Negersteuer nicht zu bezahlen. Auf Anweisung Fricks wird die Negersteuer jetzt zwangsweise eingetrieben und Lohnpfändungen vorgenommen. **Zu der Kopfsteuer kommen noch 2,90 M. Eintreibungsgebühren, so daß am Freitag 8,90 M. vom Lohn zurückbehalten wurden.** Für manchen Arbeiter bedeutete diese Summe ein Drittel seines gesamten Verdienstes. Abgesehen davon, daß die Negersteuer eine der größten Ungerechtigkeiten, eine soziale Schande ist, war bei den bestehenden Machtverhältnissen der Rat der Kommunisten doch eine große Unverschämtheit. Alle die Arbeiter, die sich von den Kommunisten so schlecht beraten ließen, müssen diese **Dummheit nun noch mit einem Extrataler** bezahlen. Für ihren schlechten Rat mußten am letzten Lohntage die Kommunisten manches derbe Wort einstecken. In demagogischer Weise erklärten diese Aucharbeiter dann, es sind ja die Genossen der SPD., die die Steuer eintreiben, bei denen müßt ihr euch bedanken, wenn ihr noch mehr bezahlen müßt. Das Gemeinste bei dieser Angelegenheit ist, daß den **Funktionären der Kommunisten nichts gepfändet wurde. Die zur Verweigerung aufgefordert hatten, hatten ihre Negersteuer pünktlich bezahlt."**

Kommunistische Finanzkünste.

Milliarden spielen keine Rolle.

Wie wenig die im Reichstag gestellten kommunistischen Anträge von wirtschaftlicher Einsicht oder auch nur von Verantwortungsbewußtsein getragen werden, dafür einige Beispiele von vielen.

Ein kommunistischer Antrag verlangt eine **Winterbeihilfe für alle Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner,** sowie für alle Fürsorgeberechtigten. Jeder Hauptunterstützungsempfänger soll 40 Mark, und jeder Unterhaltungsberechtigte, sowie jeder Empfänger von Waisenrente 12 Mark Sonderunterstützung erhalten. Für die Winterbeihilfe kommen schätzungsweise 14 Millionen Menschen in Frage. Rechnet man davon ein Drittel in die Gruppe der Hauptunterstützungsempfänger, so sind zur Durchführung dieses kommunistischen Antrages **rund 300 Millionen Mark erforderlich.**

Ein anderer Antrag will die **Krisenunterstützungssätze auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung** bringen. Man darf als Norm annehmen, daß der Unterschied zwischen beiden Unterstützungsarten 100 Mark pro Jahr beträgt. Selbst wenn man vorsichtig die Zahl der Krisenunterstützten in der nächsten Zukunft auf nur 1 Million schätzt, müßten zur Durchführung des kommunistischen Antrages **100 Millionen Mark** zur Verfügung gestellt werden.

Im April 1930 beantragten die Kommunisten die **Aufhebung der Lohnsteuer** und die Heraufsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 1680 Mark. Diesen Antrag haben sie jetzt wieder aufgegriffen, ihn aber dahin abgeändert, daß ein Einkommen bis 2400 Mark steuerfrei bleiben soll. Der Wegfall der Lohnsteuer würde einen **Einnahmeausfall von 1400 Millionen Mark** bedeuten. Das Aufkommen aus der von den Kommunisten beantragten Neuregelung müßte **mit 800 Millionen in Rechnung gestellt** werden. Das würde eine **Verminderung der Lohnsteuer um 600 Millionen Mark bedeuten.**

Es stehen also der beantragten **Mehrausgabe von 300 Millionen** für die Winterbeihilfe und 100 Millionen für die Krisenunterstützten **600 Millionen Mindereinnahmen** gegenüber, so daß eine **Etatverschlechterung von einer Milliarde Mark eintreten** müßte, wenn die kommunistischen Anträge Annahme fänden. Das ist genau das Doppelte dessen, was die Regierung mit knapper Not als Ueberbrückungskredit zur Aufrechterhaltung ihrer sozialen Verpflichtungen vom Ausland erhalten hat.

Die KPD. für Erfüllungspolitik.

Sie „erklären feierlich" — daß sie geschwindelt haben!

Voller Entrüstung warfen die Blätter der Nazi im August 1930 den deutschen Kommunisten vor, sie hätten ihnen ihre beste Wahlparole gestohlen. Das Zentralkomitee der KPD. hatte nämlich der deutschen Reichstagswählerschaft versprochen:

> **„Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenen Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für imperialistische Anleihen, Kredite und Kapitalsanlage in Deutschland leisten werden."**

Die politische Dummheit brachte den Kommunisten zwar einen nicht unbeträchtlichen Stimmenzuwachs, aber er langte nicht zur „Machtergreifung" im Deutschen Reich. Deshalb begnügte sich die KPD. nach den Reichstagswahlen damit, in ihrem „Sparprogramm" (siehe Blatt 29) zu fordern: **„Sofortige Streichung der Zahlungen des Young-Planes: 2000 Millionen".**

In dieser Forderung der KPD. steckt nicht weniger Demagogie als in dem „feierlich vor allen Völkern der Erde" abgegebenen Wahlversprechen auf Zerreißung des Young-Planes. Die KPD. weiß, daß sie so leicht nicht in die Verlegenheit kommt, den Worten die Tat folgen zu lassen. **Aber käme wie durch ein Wunder diese Gelegenheit, so würde, so müßte die KPD. ihr Versprechen verraten.**

Die Führung der KPD. ist sich vollkommen klar darüber, daß sie bewußt etwas verspricht und fordert, was sie selber, käme sie zur Macht, nicht erfüllen wird und kann. Warum nicht? Das hat die **„Rote Fahne" enthüllt,** die am 26. März 1922 in einer schwachen Stunde der Wahrheit die Ehre gab — ein ganz seltener Fall — und bekannte:

> **„Was kann, was muß eine proletarische Politik, eine Arbeiterregierung tun, die kühl und nüchtern mit den Tatsachen rechnet? Es ist klar, und es ist von kommunistischer Seite wiederholt mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, auch sie kann nicht mit einem Schlage sich von der Erfüllung lossagen. Sie kann das nur in dem Maße, wie die revolutionäre Welle in den Ententeländern steigt. Auch sie muß zunächst — erfüllen."**

Natürlich muß sie das. Ob ein Thälmann oder ein Hitler zur Regierung kommen —, beide müßten, beide würden erfüllen oder als Regierungsmänner, die „kühl und nüchtern mit den Tatsachen rechnen", sich über das Maß dessen, was sie zu erfüllen hätten, mit den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands verständigen.

Dasselbe taten Stresemann, Rathenau, Hermann Müller und andere. Sie wurden von den Kommunisten bespien, und die Hitlerianer wollen die noch lebenden Erfüller aufhängen.

Die Lüge als bewußtes kommunistisches Kampfmittel.

Lenin lieferte dazu das „theoretische Fundament".

Es gibt noch viele Anhänger der KPD., die davon überzeugt sind, daß die Zeitungen und Redner der KPD. die Wahrheit sagen. Das ist begreiflich. Erstens lesen jene Anhänger keine sozialdemokratischen Zeitungen, zweitens kann **die sozialdemokratische Presse unmöglich auf alle kommunistischen Lügen antworten. Die Massenproduktion an bewußten Unwahrheiten verbietet dies.**

Es kommt hinzu, daß es sich ja bei den falschen Angaben der KPD. *nicht* um gelegentliche Lügen und Unwissenheit handelt, sondern die Lügen werden **bewußt** und mit Absicht als Kampfmittel gebraucht.

Lenin hat dazu das „theoretische Fundament" geliefert. Er sagt auf Seite 67—68 seiner Schrift: „Die Kinderkrankheiten des Radikalismus im Kommunismus" (Ausgabe Maslow) folgendes:

> **„Man muß es verstehen, all den Widerstand zu leisten, sich durchaus zu jedem Opfer zu entschließen und — sogar alle möglichen Listen, Schlauheit, illegale Methoden, Verschweigungen, Verheimlichung der Wahrheit anwenden . . ."**

Dieses Gebot ist getreulich von den KPD.-Anhängern übernommen worden. Man hat das eingestanden und sich sogar dessen gerühmt. *„Die Rote Fahne" vom 19. August 1923 brachte auf der zweiten* Seite ihres Hauptblattes einen Artikel über die Inprekor (die kommunistische Internationale Presse-Korrespondenz). In diesem Artikel wird über die Inprekor gesagt, daß sie nicht mit WTB. oder TU. zu vergleichen sei, weil — wir zitieren jetzt wörtlich:

> **„weil die Inprekor ein kommunistisches Erzeugnis ist. Die Kommunisten aber lügen nicht. Sie lügen nie. Denn die Lüge als bewußtes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verflucht (wirklich „verflucht") reale Notwendigkeit. Die Lüge beginnt erst beim Selbstbetrug . . ."**

Selten ist so eindeutig festgestellt worden, daß die Lüge bewußt von den kommunistischen Zeitungen als Kampfmittel gebraucht wird.

Eine Bestätigung dieser Ansicht ist enthalten in einem Artikel von Hermann Remmele (in einem Sonderheft der Kommunistischen Internationale, das auf dem kommunistischen Parteitag 1925 ausgegeben wurde), der sich gegen den „Rechten" Ernst Meyer wendet:

> **„Die nach Lenin für die Politik so unerläßlichen demagogischen Tugenden als da sind: Lug und Betrug, Verschweigen der Wahrheit, Verschmitztheit und Verschwiegenheit, Schlauheit und List, hat der Genosse Meyer von uns allen vielleicht am höchsten."**

Springlebendig ist auch heute noch in der KPD. die „unerläßliche Tugend" des Lügens, Betrügens, Schwindelns und Verleumdens.

Die KPD. lebt von der Lüge.

Der Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie.

Der wahre Charakter der Kommunistischen Partei wird durch die folgenden Ausführungen der scharfmacherischen **„Deutschen Allgemeinen Zeitung“** vom 3. Februar 1930 beleuchtet:

> **„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion.**
>
> **Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“**

Das Bürgertum setzt seine Hoffnungen auf die Kommunistische Partei! Es braucht sie nicht einmal zu bezahlen! Die Kommunistische Partei verrichtet freiwillig ihre Handlangerdienste für das Scharfmachertum!

Dafür bedankt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 24. August 1930, indem sie, ihre Ausführungen vom 3. Februar wiederholend und unterstreichend, schrieb:

> **„Notwendig ist daher vor allem, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gestärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfters zu betonen Gelegenheit hatten, dazu berufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.“**

In der Tat: Die Rolle, die die KPD. im öffentlichen Leben spielt, ist eine dem Kapital sehr wohlgefällige, der Arbeiterklasse um so gefährlichere.

Der Wahlausfall hat die **reaktionären Hoffnungen in hohem Maße erfüllt. Zehn sozialdemokratische Mandate weniger und 23 kommunistische mehr** haben genügt, um die Position der Regierung Brüning **zu stärken.**

Im Bunde mit den Hugenbergern und Nazi. (1)

Das Mißtrauensvotum gegen Severing.

Die am 22. Oktober erfolgte Wiederernennung Karl Severings zum preußischen Innenminister, die alle Republikaner einmütig und stürmisch begrüßten, fuhr den Reaktionären schwer in die Glieder.

Severing war noch gar nicht im Amte, als die Gegner der Republik und der Sozialdemokratie **schon Pläne schmiedeten, wie sie ihn am schnellsten stürzen könnten.** Am 24. Oktober 1930 wurde Severing in sein Amt eingeführt, aber bereits am 23. Oktober wurde folgender deutschnationaler Mißtrauensantrag veröffentlicht:

> **„Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen, der Minister Severing besitzt nicht das Vertrauen des Landtags."**

Diese Eilfertigkeit der Hugenberger ehrt den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der Karl Severing ernannte, nicht weniger als diesen selbst. Es liegt in dem deutschnationalen Mißtrauensvotum die Bestätigung, daß zur rechten Zeit an den rechten Platz der rechte Mann gestellt wurde.

Die Berufung gerade Severings in das Amt des preußischen Polizeiministers bedeutet eine **Festigung der republikanischen Staatsautorität, eine Stärkung der Position der Sozialdemokratie.** Sie hat wie eine Bombe eingeschlagen und ist **von der gesamten Presse der Reaktion als Kampfansage gegen die putschlustigen Feinde der Republik registriert worden.**

Pünktlich, wie noch immer, wenn die Reaktion sich unter einem wohlgezielten sozialdemokratischen Hieb wand, ist ihr **Hilfe erwachsen aus dem Lager der Kommunisten.** Am 24. Oktober — 24 Stunden nach dem deutschnationalen Vorstoß — lag **auch ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen Severing** vor. Obendrein erlaubte die „Rote Fahne" sich, in schreiendem Fettdruck ein dummdreistes, verlogenes „Wort an die sozialdemokratischen Arbeiter" zu richten. **„Wir warnen vor Severing"**, kreischte die „Rote Fahne" am 24. Oktober. **„Wir halten zu Severing!"** antworten alle denkenden Republikaner mit den **20 000 Frankfurter Arbeitern, die Severing umjubelten,** als er am 22. Oktober, dem Tag seiner neuen Ministerernennung, in einer gewaltigen Frankfurter Demonstrationsversammlung ihnen zurief:

> **„Wir wollen (auf Hitlers Leipziger Drohung anspielend) nicht Köpfe rollen lassen, sondern Köpfe öffnen. Allerdings, wenn man glaubt, daß wir kuschen und uns weiter eingeschlagene Fensterscheiben gefallen lassen, dann wollen wir — das ist keine Versammlungsphrase, sondern ein Schwur — diesen Gewaltmenschen zeigen, daß die physischen Kräfte nicht nur bei ihnen vorhanden sind, und wir wollen jedem weiteren Terrorismus gegenüber den Grundsatz anwenden: Auf einen Korsaren anderthalbe."**

Im Bunde mit den Hugenbergern und Nazi. (2)

„Nieder mit Severing."

Wir begreifen, daß die deutschnational-nationalsozialistischen „Hamburger Nachrichten" diesen mutigen Frankfurter Schwur Karl Severings so beantworten:

„Severing muß gestürzt werden, ehe er eigentlich an die Macht kommt.

Das ist die große Aufgabe, vor die die bürgerlichen Parteien gestellt sind, die vor wenigen Tagen noch im Reichstage ihre Stunde nicht begriffen haben. Die Parteien müssen wissen, auf welche Seite sie gehören."

Wir würden nicht begreifen den deutschen Arbeiter, der, seiner fünf gesunden Sinne mächtig, in das gleiche Horn stoßen und ebenfalls rufen würde: Kreuziget Severing! Einen so hirnlosen Arbeiter gibt es auch nicht. Aber eine sogenannte „Arbeiter"-Zeitung — die „Rote Fahne" — war solchen Beginnens fähig, sie produzierte am 24. Oktober diesen Irrsinn:

„Severing, der sich noch Sozialdemokrat nennt, hat niemals etwas mit dem Sozialismus gemeinsam gehabt. Er ist der typische Novembergewinnler...

Severing spielt nur gegen die Arbeiterschaft den starken Mann. Gegenüber dem Faschismus ist er ein schlotternder Lakai, ohne Rückgrat, ohne Ehre, ohne Macht. Severing ist ein stumpfes Polizeigehirn in all seiner Schlauheit, ein erbärmlicher Feigling in all seiner Grausamkeit, ein elender Schwächling in all seinem Größenwahn.

Grzesinski gehört zu Severing wie das Beil zum Henker."

Diesem bodenlosen Blödsinn stelle man gegenüber, was die deutschnationale „Kreuz-Zeitung" schreibt: „Die Sozialdemokratie gibt mit der Besetzung ihres wichtigsten Wachtpostens in Preußen durch Severing das Kampfsignal gegen rechts aus."

Uebrigens heißt der mutige Mann, der den verleumderischen Erguß der „Roten Fahne", die Karl Severing einen Feigling nennt, verantwortlich zeichnet, Schneller, Mitglied der kommunistischen Reichstagsfraktion. Der Wackere ist also gegen die strafrechtliche Ahndung seiner Ehrabschneiderei weitgehend geschützt.

Wen die Kommunisten amnestieren.

Fememörder Klapproth, die Bestie in Menschengestalt.

In der Nacht zum 19. Oktober 1930 gelang es den Hugenbergern und Hitlerianern, unterstützt von den ihnen allzeit so dienstbeflissen zur Seite stehenden Thälmännern, eine Teilamnestie durchzusetzen, unter die auch der bekannte Fememörder Klapproth fällt. Dieser Klapproth, der jetzt aus dem Gefängnis entlassen werden muß, war **an mehreren der Fememordtaten beteiligt** und sollte noch bis zum Jahre 1940 Strafe verbüßen.

Wie ein Gericht, das wirklich nicht in dem Verdacht stand, scharf gegen die Fememörder zu sein, sich über Klapproth geäußert hat, beweist die Urteilsbegründung des Schwurgerichts Landsberg an der Warthe. In den schriftlichen Urteilsgründen heißt es u. a.:

„Bei der Tat hat Klapproth eine so unmenschliche Roheit an den Tag gelegt, daß dadurch alle Milderungsgründe wettgemacht werden. Wenn er Büsching verhindert hat, Gröschke bereits in der Zelle niederzuschlagen, so geschah das nicht etwa aus einer Regung des Mitleids heraus, er wollte es lediglich vermeiden, daß die Zelle mit Blut besudelt und die Tat sofort entdeckt würde. **Dann schleppte Klapproth den zerschundenen, kaum mehr seiner Sinne Mächtigen zum Tode, wie man ein Tier zur Schlachtbank schleppt.** Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke, daß die ganz unbestätigten Vorwürfe für die Verräterei, für die Gröschke den Tod erleiden sollte, vielleicht unbegründet sein könnten. Er dachte nicht daran, daß man dem Opfer noch eine letzte Gelegenheit geben müßte, sein Gewissen zu erleichtern und um Gnade zu flehen. **Seine Mordlust war geweckt und er wollte ihr frönen.**“

Das Gericht hatte den Angeklagten Klapproth und Raphael auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Es begründete dies folgendermaßen:

„Es kann unerörtert bleiben, ob ein lediglich aus politischen Gründen begangener Mord jemals eine ehrlose Handlung sein kann. Hier aber bei der Tötung eines wehrlosen Menschen hat jedenfalls die politische Erwägung nur eine ganz geringe Rolle gespielt. **Vorherrschend war die unmenschliche Roheit und hemmungslose Mordlust.** Deshalb hat das Gericht die Tat dieser beiden Angeklagten als ehrlos angesehen.“

Dank der kommunistischen Hilfe darf der ehrlose mordlustige Klapproth jetzt wieder in Freiheit herumlaufen! **Die edle Entrüstung, die die Kommunisten jahrelang über die Fememorde gemimt haben, erweist sich als heuchlerische Komödie. Herr Klapproth ist Fleisch von ihrem Fleisch!**

Das Treiben der roten Gewerkschaftsopposition. (1)

Spaltung der Gewerkschaften.

Auf der Ende 1929 in Berlin abgehaltenen Reichsparteiarbeiterkonferenz der Kommunistischen Partei gaben **Heckert** und **Merker** Anweisungen über das Verhalten der Kommunisten bei Streiks und Aussperrungen. Deutlich und klar wird in diesen Richtlinien die **Ausschaltung und Zerschlagung der Gewerkschaften gefordert.** Losowski-Moskau hat diese Richtlinien ausgearbeitet. Unter anderem wird darin verlangt:

„Im Falle einer herannahenden Aussperrung muß man zur Wahl von Kampfkomitees gegen die Aussperrung schreiten, und mehrere Tage vor der Erklärung des Streiks muß man zur Wahl von Streikkomitees übergehen. . . Je mehr Streikkomitees bestehen werden, je leichter werden sie die Masse führen können. . . In Großbetrieben, wo Zehntausende von Arbeitern beschäftigt sind, müssen die Streikkomitees 200 bis 300 Arbeiter stark sein. . "

„1. Das Streikkomitee muß den Streik führen, in Verhandlungen eintreten, wenn es nötig ist, Vereinbarungen unterzeichnen, wobei es von vornherein erklären muß, daß alle durch die reformistische Bürokratie abgeschlossenen Vereinbarungen die Arbeiter nicht verpflichten.

2. Das Streikkomitee muß zur Aufgabe haben, den reformistischen Verband aus dem Betrieb zu verdrängen und die Führung des Kampfes aus seinen Händen zu reißen.

3. Das Streikkomitee muß eine Beobachtung der Gewerkschaftsbürokraten organisieren, ihre Tätigkeit verfolgen, Demonstrationen vor den Verbandsbüros im Falle von Geheimverhandlungen und Machinationen organisieren, Versammlungen der Organisierten und Unorganisierten einberufen und die Verjagung der Gewerkschaftsbonzen verlangen, Geld sammeln und allen Streikenden helfen, systematisch, besonders in den Massen der sozialdemokratischen und katholischen Arbeiter das Vertrauen zum reformistischen, katholischen Gewerkschaftsapparat zerstören.

4. Das Streikkomitee muß zur mächtigen Waffe in den Händen der Gewerkschaftsopposition für die Vertreibung aller Kapitalsagenten und Unternehmerverbündeten aus den Gewerkschaften werden. . .

Keinerlei offizielle Vertreter der reformistischen Gewerkschaften dürfen in die Streikkomitees aufgenommen werden. . . Die geringste ideelle und organisatorische Abhängigkeit der Streikkomitees vom Gewerkschaftsapparat, die Abschwächung des Kampfes gegen ihn kann zur Zerstörung des Streiks und zum Falle der Autorität der Gewerkschaftsopposition und der durch ihre Initiative geschaffenen Streikkomitees führen."

Das Treiben der roten Gewerkschaftsopposition. (2)

Der Zweck der kommunistischen Gewerkschafts-„Arbeit“ ist kein anderer als die Spaltung der Gewerkschaften, um den Kommunisten aus der Sackgasse zu helfen.

Das hat der aus der KPD. ausgeschlossene Oppositionsführer Galm-Offenbach enthüllt. Nach ihm hat Losowski in der Dezembersitzung der Profintern ausgesprochen:

> **„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“**

Nach diesen Anweisungen wurde im **Berliner Rohrlegerstreik** gehandelt. Der Streik ging verloren. Maßregelungen erfolgten in großer Zahl. Die Gewerkschaft war ausgeschaltet, die Opfer deshalb ohne Schutz.

*

Kommunistische Streiktaktik führt ins Unglück.

Am 18. Oktober 1930 unternahm die KPD. in Berlin den Versuch, **die im Tarifvertragsverhältnis stehenden Kraftdroschkenführer in einen wilden Streik** zu treiben, 65 „Kraftag“-Fahrer waren entlassen worden. Darauf versuchte die kommunistische Gewerkschaftsopposition einen Proteststreik gegen die von ihr provozierten Entlassungen zu entfesseln.

Dieser Proteststreik sollte am 20. Oktober einsetzen. In zwei Depots des Kraftdroschkengroßunternehmens traten mit den Entlassenen **85 Mann, insgesamt also 150 von 2300, in den Streik.**

Kommunisten beschimpfen Erwerbslose.

Im Sächsischen Landtag sagte am 23. Juli 1930 der kommunistische Abgeordnete **Siegel:**

„In Moskau gibt es also überhaupt keine Arbeitslosigkeit“. (Zwischenruf aus den Reihen der SPD.: „Woher kommen denn die amtlich nachgewiesenen drei Millionen Erwerbslose?“)

Abgeordneter **Siegel** (fortfahrend): **„Das sind geborene Faulenzer!“** (Stürmischer Protest der Sozialdemokraten.)

So sehen die Leute aus, die in Deutschland den Erwerbslosen das Blaue vom Himmel versprechen. Erhalten sie mit Hilfe der Erwerbslosen die Macht, dann behandeln sie die Erwerbslosen Deutschlands auch als geborene Faulenzer,

Die Arbeitslosenhilfe im Sowjet-„Paradies" abgeschafft.

Laßt sie betteln gehn — — —!

Aus Moskau wurde am 11. Oktober 1930 amtlich gemeldet:

Starker Mangel an Arbeitskräften in einer Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft veranlaßte das Arbeitskommissariat, die Versicherungskassen anzuweisen, allerorts die Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung einzustellen. Der Sozialversicherungsetat wird Unterstützungen von Erwerbslosen nicht mehr vorsehen.

So sorgfältig der amtliche Moskauer Wortlaut des sensationellen Beschlusses, die Erwerbslosenunterstützung einzustellen, auch abgefaßt ist so gibt er doch deutlich zu erkennen, daß es sich um **eine rücksichtslose, ganz brutale Maßnahme gegen die Erwerbslosen** handelt.

Nur in einigen Industriezweigen ist Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden — die Erwerbslosenunterstützung wird aber allerorts abgeschafft. Auf diese Art will man die vorhandenen Arbeitslosen mit Gewalt in die Industriezweige wie des Donezgebiets hineintreiben, aus denen sie wegen der ungeheuerlichen Arbeitsbedingungen in Massen davonlaufen.

Verschickung statt Unterstützung.

Der von den amerikanischen Pressevertretern angeführte Geldmangel des Sowjetstaates ist natürlich nur einer der Gründe für die Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung.

In der Hauptsache erfolgt die Beseitigung der Arbeitslosenfürsorge, um die Arbeitslosen ungehindert nach entlegenen und unwirtschaftlichen Gegenden des Sowjetreiches als Zwangsarbeiter deportieren zu können.

Ganz deutlich spricht dies der zweite Teil der Mitteilung des Arbeitskommissars aus, in dem angeordnet wird, daß die Arbeitslosen, die oft mit Rücksicht auf ihre Familie oder ihre Wohnung ihre Heimatstadt nicht verlassen wollen oder Arbeitsmöglichkeit entsprechend ihrer beruflichen Vorbildung fordern, **an Baustellen und Arbeitsplätze zu schaffen sind, wo Bedarf vorhanden ist, unabhängig von ihrem Beruf und ihrer fachlichen Eignung.** Wer sich weigert, dem Befehl zur Arbeit nachzukommen, wird von den Arbeitsbörsen gestrichen. Er verliert also damit dauernd die Rechte der Arbeiterklasse. Der einzige Absagegrund ist Krankheit, die jedoch durch besondere Aerztekommissionen festgestellt und bestätigt werden muß.